

PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

———— Nachdruck verboten ————

Man bezieht vom
Buchhandel, von der Post und
direkt vom Verlage

Berlin, den 25. Mai 1921.

In Groß-Deutschland:
für 20.— M. vierteljährlich,
M. 75.— für das Jahr.
Im Ausland: für 60.— u. 200.— M.

Oesterreich.

Der junge Jenenser Geschichtsprofessor Friedrich von Schiller hielt einst eine mit diesem Professor weltberühmt gewordene Vorlesung: „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“ Schiller war der gewiß von Allen gebilligten Ansicht, daß einer der Zwecke des Geschichtstudiums auch der sei, die Zusammenhänge und die Grundbedingungen des historischen Geschehens zu begreifen und daraus auch für die Praxis derer Nutzen zu ziehen, die nicht Geschichte schreiben, sondern Geschichte machen. Hätten wir es noch nicht gewußt, so würden uns die Geschehnisse der letzten Jahre darüber belehrt haben, daß trotz der Ausbreitung des Geschichtstudiums und trotz der Popularität der geschichtlichen Vorgänge, die Anwendung auf die Praxis des politischen Lebens geblieben ist. Alle Wirkungen der Geschichte wurden überhört. Die ältesten Fehler wurden wiederholt. So geht es aber nicht nur mit der politischen Geschichte, sondern auch mit der Wirtschaftsgeschichte. Und die Frage scheint noch mehr berechtigt, als die Schillersche: Zu welchem Ende studieren so viele Tausende von Menschen in der Welt Nationalökonomie, wenn sie doch für die praktische Anwendung ihrer Wissenschaft daraus gar nichts lernen? Alle die Vorgänge, über die wir uns jetzt soviel den Kopf zerbrechen — Höchstpreise, Schiebertum, Geldentwertung, Inflation, schlechte Wechselkurse — sind ja gar nichts Neues in der Welt. Sie haben schon in früheren Jahrhunderten in

Deutschland, und bis in die letzten Jahrzehnte hinein den Menschen in den verschiedenen Teilen des Weltalls, erhebliche Sorgen bereitet. Alle Experimente, die bei uns gemacht wurden, sind schon einmal gemacht. Alle sind sie schon entweder überall oder irgendwo einmal mißglickt. Trotzdem wurden sie getreulich bei uns wiederholt. Und auch aus dem Umstand, daß sie bei uns wieder mißglickten, werden künftige Generationen wahrscheinlich keinen Nutzen ziehen.

Aber wir Deutschen haben einen Trost: das Ausland ist durchaus nicht klüger als wir. Auch dort kennt man die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht. Auch dort hat man nicht einmal aus der jüngsten deutschen Vergangenheit etwas gelernt. Den besten Beweis dafür kann man sich aus den Plänen holen, die die Entente jetzt für die Finanzhilfe für Deutschösterreich aufgestellt hat. Die Entente hat den heldenmütigen Entschluß gefaßt, Oesterreich wirtschaftlich wieder auf die Beine zu stellen. Eine Dreimännerkommission hat sich in Wien an die Arbeit gemacht, ein Däne, ein Franzose und ein Engländer. Diese Kommission ist beauftragt vom Völkerbund. Sie ist nach langen Konferenzen zu dem heldenmütigen Entschluß gekommen, in Wien vollkommen reinen Tisch zu machen. Es soll nicht nur das Defizit im Staatshaushalt beseitigt werden, nein, man will auch die Valuta stabilisieren und eine neue Währung mit einer neuen Notenbank begründen. Zu diesem

Entschluß ist man durch die Einsicht gekommen, daß Oesterreich ohne ausländische Hilfe rettungslos verhungern muß. Man will deshalb tief in den Säckel greifen, ein paar hundert Goldmillionen als Darlehen geben. Aber man will auch als Unterlage für diesen Kredit ein lebensfähiges Objekt haben. Und daher ist denn der Wiener Regierung als Aufgabe gestellt worden, alles zu unterlassen, was das Defizit des Staatshaushalts vergrößert und das Geld durch weitere Notenausgaben verschlechtert. Ja, die Wiener Regierung, unterstützt durch die Bürgerschaft aller Parteien, soll sich sogar verpflichten, das Defizit, das noch im Staatshaushalt besteht, zu beseitigen. Zu diesem Zweck ist ihr aufgegeben, keine Zuschüsse zu den Nahrungsmitteln mehr zu geben, keine Lohnsteigerungen für die Beamenschaft mehr eintreten zu lassen, keine Lohnsteigerungen der Arbeiter und Angestellten ferner zu begünstigen, die Tarife der Bahnen und Post zu erhöhen und alle Verkehrshindernisse zu beseitigen, die zwischen Oesterreich und dem Auslande noch bestehen.

Mehr kann man nicht verlangen. Wenn die internationale Dreimännerkommission diese Aufgabe für Oesterreich löst, so sollte man sie freundlichst einladen, nach Berlin zu kommen. Denn auch hier wäre ihr Auftreten außerordentlich nötig. Ein großer Teil der Sorgen des neuen Kabinetts wäre zweifellos beseitigt, wenn die Aufgabe der Kommission gelänge. Dann könnte sich das Reichsministerium in Ruhe seiner politischen Tätigkeit widmen. Es brauchte die Posten des Finanzministers, des Schatzministers und des Wirtschaftsministers überhaupt nicht mehr zu besetzen. Die könnten dann an die Entente einfach verpachtet werden. Aber ich fürchte, die Kommission wird ihre Aufgabe schon in Oesterreich nicht lösen. Denn die Aufgabe ist so, wie sie dort gestellt wurde, überhaupt unlösbar.

Wahrscheinlich wird schon die Finanzierung der Goldanleihe von vielen hundert Millionen bei der augenblicklichen Lage des internationalen Geldmarktes recht erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Aber was wäre denn selbst damit erreicht? Natürlich kann man jede Valuta stabilisieren, wenn man dem Staatswesen von außenher Gold zuführt. Die russische Valuta ist unter dem Zaren-

reich jahrzehntelang dadurch gehalten worden, daß man das Defizit der Zahlungsbilanz durch Goldanleihen ausgeglichen hat. Aber die Entente muß sich darüber klar sein, daß mit ein paar hundert Millionen Gold hier gar nichts erreicht wird. Es müssen dauernde Nachschübe für die Zeit von Jahrzehnten geleistet werden. Denn die schlechte Valuta — sowohl die inländische Geldentwertung als der schlechte Auslandsstand des österreichischen Geldes — ist ja kein Währungsproblem, sondern ein Wirtschaftsproblem. Oesterreich produziert weder genug, um im Inland die Warenpreise senken zu können und damit das Geld wertvoller zu machen, noch genug, um einen Ausfuhrüberschuß zu erzielen und damit seine Wechselkurse zu bessern. Genau wie in Deutschland, wo dasselbe Problem vorliegt, wird erst mit einer Ordnung der Wirtschaft auch die Ordnung der Währung und der Valutaverhältnisse möglich sein. Wenn die Entente in der Lage ist, jahrzehntelang Goldvorschüsse zu leisten, wenn sie für viele Jahre zunächst auf jede Tilgung, womöglich aber auch auf die Verzinsung der Schuld verzichten will, kann vielleicht allmählich in zwanzig bis dreißig Jahren durch die vollkommene Industrialisierung des Landes, besonders durch den Ausbau seiner Wasserkräfte ein normaler Zustand herbeigeführt werden.

Aber die Entente hat, obwohl sie die Größe des zu bewältigenden Problems anscheinend noch gar nicht übersieht, schon Angst um die Aufbringung der geringen Summen, die sie in das Unternehmen hineinstecken will. Sie verlangt daher die Sicherung ihres Kreditgeschäftes dadurch, daß der österreichische Loden schon vorher in Ordnung gebracht wird. Aber wie stellt sie sich das eigentlich vor? In der Vossischen Zeitung hat am letzten Sonntag eine instruktive Korrespondenz aus Wien gestanden, in der Tabellen über die Preissteigerungen in Oesterreich seit dem Jahre 1914 gegeben waren. Aus ihnen ging hervor, daß die Preise heute etwa hundertmal so teuer sind als vor sieben Jahren. Der Aufsatz in der Vossischen Zeitung war mit Recht überschrieben: „1 Krone = 1 Heller!“ Denn eine österreichische Krone hat heute nur noch so viel Wert, wie

vor dem Kriege ein Heller. Wenn nun die österreichische Regierung gezwungen wird, jetzt keine Zuschüsse an Nahrungsmitteln mehr zu geben, so steigen natürlich die Preise sofort um ein beträchtliches weiter. Dadurch wird die Krone weiter entwertet. Und dann verlangen natürlich die Arbeiter, Angestellten und Beamten neue Lohnerhöhungen. Dagegen weiß die Dreimännerkommission ein sehr probates Mittel: Die Regierung und die Arbeitgeber berufen sich einfach darauf, daß die Entente Lohnerhöhungen nicht mehr erlaubt. Darauf werden vermutlich die österreichischen Arbeiter, Angestellten und Beamten sich damit begnügen, nichts mehr zu kaufen, auch erheblich weniger zu essen und dafür aber so viel mehr zu arbeiten, wie notwendig ist, um die Wirtschaftsmaschine in Gang zu bringen. Das sind doch alles Kindereien. Aber weder volkswirtschaftlich noch politisch ernst zu nehmende Maßnahmen.

Daß Oesterreich genau, wie es bei Deutschland der Fall ist, um seine Wirtschaft wieder anzukurbeln, ausländische Anleiheunterstützung braucht, unterliegt keinem Zweifel. Aber ebensowenig zweifelhaft ist es, daß die österreichische Wifere niemals von der Finanzseite oder von der Währung aus zu bessern, sondern lediglich durch eine völlige Umgestaltung der österreichischen Wirtschaft zu beheben ist. Insofern liegen die Dinge dort vollkommen gleich den deutschen Verhältnissen. Aber ein wesentlicher Unterschied besteht: Deutschland ist ein stark industrialisiertes, mit Bodenschätzen und Produktionsmitteln reich durchsetztes Land. Deutschland ist dicht bevölkert, und seine Bevölkerung ist auf die Industriearbeit eingestellt. Und der Rahmen des deutschen wirtschaftlichen Apparates, der einst so glänzend funktionierte, ist noch unverfehrt. Dieses große Land mit 60 Mill. Menschen kann sich selbst helfen, wenn ihm das Ausland vernünftige Stützen bietet. Aber das ist bei Oesterreich durchaus nicht der Fall. Das jetzige Oesterreich, dem weite und reiche landwirtschaftliche Gebiete, vor allen Dingen aber das Rückgrat der früheren österreichisch-ungarischen Industrie durch die Friedensverträge fortgenommen sind, ist ein Land, das sich nicht zu helfen vermag. Es ist sehr fraglich, ob selbst Jahrzehnte genügen, um Oester-

reich, wenn es sich selbst überlassen bleibt, zu einem lebensfähigen Gebilde zu machen. Auf diesem kleinen Territorium ist vor allem eins nicht zu erzielen: eine aktive Zahlungsbilanz. Deshalb hat die Entente schon ganz recht, wenn sie das Geschäft das sie in Oesterreich zu machen im Begriff steht, als äußerst riskant ansieht, aber es ist eben die Frage, ob dieses Geschäft überhaupt irgendwie vernünftig zu gestalten ist. Diese Frage muß entschieden verneint werden. Oesterreich allein ist niemals lebensfähig. Es kann nur durch den Anschluß an das deutsche Reich und nur unter Zuhilfenahme deutscher Arbeit, deutschen Kapitals und deutscher Industriegewohnheit am Leben erhalten werden.

Inszbesondere ist aber auch nur durch eine solche Ausweitung das österreichische Währungsproblem zu lösen. Es macht natürlich nicht die geringsten Schwierigkeiten, jetzt in Oesterreich eine Notenbank zu gründen und unter Zugrundelegung eines bestimmten Verhältnisses die alte Krone in irgendein neues Geld umzuwandeln. Aber wenn man nicht gleichzeitig die wirtschaftlichen Verhältnisse radikal ändert, so wird auch dieses neue Geld sehr schnell wieder unterwertig werden und wird sich auch im Ausland den vollen Kurs nicht erhalten können. Ich habe hier neulich schon ausführlich meine Zweifel dargelegt, die ich darein setze, daß in den einzelnen europäischen Staaten das Valutaproblem überhaupt noch national zu lösen ist. Ich komme immer mehr zu der Ueberzeugung, daß die Aktivität der Zahlungsbilanz, die zu solcher Sanierung die erste Voraussetzung ist, nur dadurch erreicht werden kann, daß die verschiedenen Wirtschaftsgebiete innerhalb Europas zu einem einheitlichen zusammengefaßt werden. Mit dem Endziel, eine einheitliche europäische Valuta zu schaffen. Wenn meine Zweifel schon bei den großen europäischen Wirtschaftsstaaten berechtigt sind, so noch tausendmal mehr bei einem Zwergstaat wie der österreichischen Republik. Man mache doch endlich dem Anschlußverbot den Garaus. Es ist nicht nur eine nationale Quälerei, sondern eine wirtschaftliche Unmöglichkeit.

Goldabschreibungen und Papierreserven.

Ich setze hier die Ausführungen fort, die in den beiden letzten Plutusheften (Seite 140 ff. und Seite 154 ff.) begonnen wurden. Sie behandelten das für die Geschäftswelt immer drängender werdende Problem, ob entsprechend der Entwertung der deutschen Reichsmark größere Abschreibungen auf diejenigen Aktivwerte vorgenommen werden können, die noch in alter Goldmark zu Buche stehen. Die Frage wurde zunächst für diejenigen Jahre bejaht, die in die Entwertungszeit fallen, wobei vorläufig offen gehalten worden ist, ob Nachbelastungen für frühere Jahre zulässig sind. Für die Entscheidung ist die Auffassung von Wichtigkeit, die man von der Natur der Abschreibung hat. Ob man sie bloß als Abzug faktischer objektiver oder subjektiver Wertverminderung der Aktivposten vom Betriebsergebnis auffaßt. Oder ob man sie als Bindung der Kapitalsubstanz ansieht durch die es ermöglicht wird, jederzeit die gleiche Produktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Für den erfahrenen Kaufmann, dem der Zusammenhang zwischen den Vermögenskonten und den Gewinnkonten klar ist, ist es eine Binsenweisheit, daß von der richtigen Abschreibungspolitik der Unternehmungen ihre Kalkulation wesentlich beeinflusst wird. Der Fabrikant muß die Abnutzung seiner Maschinen in seine Selbstkosten einrechnen. Nimmt man einmal den Verkaufspreis einer Ware als gegeben an, so ergibt sich der höhere oder niedrigere Gewinn dadurch, daß die Selbstkosten höher oder niedriger sind. Daß es für diese Selbstkosten einen wesentlichen Unterschied bedeutet, ob der Produzent 10 000 oder 100 000 Mark im Jahre für seine Maschine abschreiben muß, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Würde er nur 10 000 Mark abschreiben, während 100 000 Mark Abschreibungen notwendig sind, so würde er bei gegebenem Verkaufspreis auf dem Warenkonto einen zu hohen Gewinn verbuchen. Dieser Gewinn würde beim Einzelkaufmann zum Einkommen werden, das er verzehrt, oder bei der Aktiengesellschaft zur Dividende, die verteilt wird. In beiden Fällen würde von der Kapitalsubstanz verausgabt und diese geschwächt werden. Es unterliegt ja gar keinem Zweifel, daß heute mindestens bei vielen Einzelkaufleuten die falsche Kalkulation eine sehr große Rolle spielt, weil die inneren Vorgänge bei der Geldentwertung und deren Folgen durchaus nicht allen Kaufleuten klar sind. Sie erfreuen sich ihrer aufgeschwemmten Papiergewinne, machen große Ausgaben, richten sich luxuriöse Wohnungen ein, oder erhöhen die Unkostenkonten durch den Ankauf und den Betrieb von Automobilen. Sie glauben dadurch die Steuer zu täuschen, während sie in Wirklichkeit betrogene Betrüger sind, die eines Tages erkennen müssen, daß sie sich langsam aufgeessen haben.

Steht der Verkaufspreis nicht fest, so führt diese falsche Kalkulation zu dem Resultat, daß der falsch kalkulierende Kaufmann glaubt, seine Konkurrenz unterbieten zu können. Er macht billigere Preise, um damit den Umsatz zu erhöhen. Es ergibt sich dadurch genau das gleiche Resultat: Auch in diesem Fall wird das Geschäftskapital vergeudet, nur daß der Kaufmann den Nutzen davon nicht selbst hat, sondern ihn seiner Konkurrenz zugute kommen läßt.

Eine Gesetzgebung die es dem Kaufmann nicht gestattet würde, diejenigen Abschreibungen einzukalkulieren, die wirklich zur Erhaltung der Geschäftssubstanz notwendig sind, züchtet entweder eine Unterbietungskonkurrenz, die die gesamte Volkswirtschaft schädigt, oder sie reizt zur Errechnung von Illusionskrediten an.

In beiden Fällen wird die Kapitalkraft der Unternehmungen geschwächt. Wie die Dinge heute liegen, noch nicht einmal im Interesse der Staatsfinanzen. Denn die außergewöhnliche Höhe der Einkommenbesteuerung, besonders aber die knappen Zwischenräume zwischen den einzelnen Staffeln, hat eben dazu geführt, daß die sehr ausgiebige Bemessung aller möglichen Unkostenausgaben zur Gewohnheit in der Kaufmannschaft geworden ist, um die eingebildeten hohen Gewinne irgendwie steuerfrei unterzubringen. Auf diesem Gebiet äußert sich der Einfluß unserer modernen Steuer-gesetzgebung vornehmlich in einer wachsenden Leichtfertigkeit. Aber selbst wenn der Staat den vollen Ertrag der ihm bei solcher Verbuchung zustehenden Steuern im vollen Umfang erhalten würde, so könnte man die Berechtigung dieses Zwanges zu unrichtiger Buchführung nicht anerkennen. Es ist an und für sich immer falsch, wenn der Fiskus, wenn er einmal möglichst viel zu erhalten, steuerliche Regeln erläßt, die auf die Dauer die Unternehmungskraft schwächen und seine zukünftigen Steuereinkünfte daher voraussichtlich schmälern muß. Eine derartige Praxis ist aber noch viel bedenklicher als sonst, angesichts der augenblicklichen besonderen Umstände in Deutschland. Das Deutsche Reich muß in der Notlage, in der es sich zur Zeit befindet, auch die direkten Steuern so hoch wie irgend möglich anspannen. Dadurch werden ohnehin ganz erhebliche Summen der Kapitalbildung entzogen. Die Neubildung von Kapital, von der sowohl die innerdeutsche Produktivität als auch die außenwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Deutschlands aufs tiefste berührt wird, ist also sowieso schon aufs äußerste erschwert; so weit wie es die Erfordernisse des Staatsbedarfes zulassen, müssen daher die bestehenden Unternehmungen wenigstens in den Stand gesetzt werden, ihr Kapital zusammenzuhalten. Wenn man ihnen natürlich auch keine Steuererleichterung in bezug auf die Höhe der Sätze zu geben vermag, so muß man wenigstens dafür sorgen, daß die Summen, die sie versteuern, nicht durch Zwangsvorschriften künstlich erhöht werden. Und zwar erhöht über jenes Maß hinaus, das vom Standpunkt der kaufmännischen Solidität und damit dann auch vom Standpunkt allgemeiner volkswirtschaftlicher Rücksicht zu billigen ist.

Der Kaufmann, der auf Grund falscher Abschreibungen falsch kalkuliert, wird sehr bald einsehen, daß die Abschreibungen — sowohl in der Form der Absetzung von den Aktivkonten als auch in der Form der Rückstellung von Erneuerungsreserven — nicht bloß

den Zweck haben, die Aktivkonten auf den richtigen Wert zurückzuführen, sondern daß sie auch der Erhaltung derjenigen Beträge im Unternehmen dienen, die für den Fall der Notwendigkeit der Ergänzung der Maschinen vorhanden sein müssen. Hat der Kaufmann zu wenig abgeschrieben und entweder zu viel versteuert oder zu viel ausgegeben, so wird ihm nachher das Kapital für Ergänzungsanschaffungen fehlen. Diese Kapitalnot der produktiven Stände ist nun allerdings nicht allein durch eine unzulängliche Abschreibungspolitik, sondern auch durch die Notwendigkeit bedingt, höhere Löhne zu zahlen und erheblich größere Summen als früher für Rohstoffe und andere Materialien aufzuwenden. Sie steht auch nur indirekt im Zusammenhang mit dieser Frage. Aber es müssen diese Dinge doch auch in diesem Zusammenhang erwähnt werden, denn eine Kapitalnot, die durch falsche Abschreibungen hervorgerufen ist, versetzt den Kaufmann in eine besonders peinliche Lage. Er kann sich, wenn er höheren Kredit nachsucht, bei neuen Anschaffungen, die er in seinem regulären Geschäftsbetrieb machen muß, darauf berufen, daß sein Betriebskredit entsprechend den veränderten Umständen, für deren Veräckerung er ja nichts kann, erhöht werden muß. Er wird normalerweise auch darauf hinweisen können, daß seine Geschäftssubstanz ebenfalls entsprechend mehr wert geworden ist und insolge dessen auch dem erhöhten in Papiermark ausgedrückten Kredit genau die gleiche Sicherheit bietet, wie der früher ge-

ringeren, in Goldmark ausgedrückten Kreditsumme. Wenn aber der Fall vorliegt, daß gerade dieser Fundus, der die Kreditunterlage bieten soll, eben durch falsche Abschreibungen und entsprechend höhere Gewinnausschüttungen verringert ist, so wird es ihm noch viel schwerer als jetzt werden, sich den erhöhten Kredit zu beschaffen. Man vergißt aber zu leicht, daß die Mehrzahl der deutschen Betriebe nicht aus Aktiengesellschaften besteht, denen die Kapitalbeschaffung relativ leicht ist, sondern aus Einzelbetrieben und offenen Handelsgesellschaften. Diese Einzelbetriebe sollen normalerweise überhaupt nur Betriebskredit in Anspruch nehmen und ihre Anlagen aus eigenen Mitteln, ihre Anlagevergrößerungen aus Gewinnrücklagen bestreiten. Man darf gerade sie mithin nicht hindern, sich die Mittel zurückzulegen, die notwendig sind, um ihre Produktionsinstrumente zu erneuern.

Es ist eine andere Frage, die hier nicht ausführlich erörtert werden soll, ob nicht in Anbetracht der vollkommen veränderten Kreditverhältnisse grundsätzlich die Umwandlung aller Einzelbetriebe in die juristische Persönlichkeitform erwünscht wäre. Diesen juristischen Personen, namentlich den Aktiengesellschaften, ist es natürlich leichter, auch denjenigen Mehrkredit zu erhalten, der infolge einer unvorsichtigen und ungenügenden Abschreibungspolitik notwendig wird. Aber sehr erfreulich ist der Zustand nicht, durch den doch höchstens die entstandenen Lücken verschleiert werden.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

G. B.

Der Valutaindex bis Anfang Mai.

Von

Ernst Rahn-Frankfurt a. M.*)

Die Valutafrage ist heute für alle Länder, ist namentlich aber für Deutschland eines der Kernprobleme. So seltsam es nun auch klingen mag, so gibt es bisher keinen eindeutigen Maßstab für die Feststellung der Valuta eines Landes. Zwar sagt man, die deutsche Valuta steht in diesem oder jenem Land auf 8 oder 10% ihres Normalstandes; damit hat man aber nur das Verhältnis zu der Währung eines einzigen Landes. Manche werden einwerfen, daß es heute ein Währungsgebiet gibt, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, dessen Geld, der Dollar, so stabil ist, daß er als Maßstab für alle anderen Währungen gelten könne. Demgegenüber ist aber zu bedenken, daß zwar der Dollar seit einiger Zeit, etwa seit dem Ende des Krieges, eine stabile Entwicklung genommen, daß aber gerade der Krieg selbst zeitweise die bedenklichsten Schwankungen gerade für die amerikanische Valuta gezeitigt hat. Vor allem aber wird eine derartige einseitige Feststellung der Valuta an der Währung eines einzigen Landes darum falsch sein, darum ein schiefes Bild

geben müssen, weil sie ganz außer acht läßt, was „Valuta“ eigentlich bedeutet: Valuta ist die Bewertung der Währung eines Landes im Ausland. Wenn man also feststellen will, wie etwa die deutsche Valuta steht, so kann man nicht einseitig die Werteschilderung des deutschen Geldes in einem andern Land als maßgebend ansehen. Man müßte vielmehr alle jene Länder berücksichtigen, mit denen Deutschland in irgendwie bedeutendem Handelsverkehr steht. Professor Joh. Friedr. Schär hat lange vor dem Krieg etwas Ähnliches versucht, indem er den Wert der Mark in einer Anzahl Nachbarländer ermittelte und aufaddiert hat. Auf diese Weise wollte er feststellen, ob die deutsche Zahlungsbilanz aktiv oder passiv sei. Es liegt auf der Hand, daß diese Methode zum mindesten zu grob ist, um durch sie eindeutig den wirklichen Wert unserer Valuta zu bemessen. Denn es ist doch nicht von gleicher Bedeutung, wie Amerika und wie etwa Ungarn unser Geld bewertet. Wollte man also hier etwas Genaueres feststellen, so müßte zum mindesten der Wert des Außenhandels mit jedem Land mit berücksichtigt werden. Wenn also unser Warenverkehr mit den Vereinigten Staaten in einem Jahr 30 Milliarden, mit Ungarn aber 2 Milliarden betragen würde,

*) Mit Erlaubnis des Verlages entnehme ich diesen Abschnitt als Vorabdruck der in diesen Tagen erscheinenden 4. erweiterten Auflage der Broschüre „Die Indexziffern der Frankfurter Zeitung“.

so müßte der Stand der Mark in New York dreißigmal, der in Budapest nur zweimal berücksichtigt werden. Selbst dann aber wäre die Aufgabe darum noch nicht restlos gelöst, weil ja die Beziehungen zweier Länder nicht nur auf dem Warenverkehr beruhen.

Leider ist die hier als befriedigend bezeichnete Methode — zum mindesten einweilen — nicht durchzuführen. Denn es fehlen uns einstweilen die Angaben über den Außenhandel mit den verschiedenen Gebieten. Andererseits wäre es aber doch recht wünschenswert, wenn man wenigstens genauer als bisher, d. h. eindeutiger und weniger einseitig den Wert unserer Mark jeweils in einer einzigen Ziffer feststellen könnte. Aus diesem Grund sei hier der Versuch gewagt, einstweilen nach einer etwas groben

Methode die Valuta zu messen, für sie einen Index festzustellen.

Zu diesem Zweck ermitteln wir den Stand der Mark in elf Ländern, die mit Deutschland in lebhaftem Handelsverkehr stehen, d. h. neben Amerika, vor allem England, Frankreich, Holland, Schweiz, Schweden (als größtes der skandinavischen Länder), Italien, Spanien, Belgien, Deutsch-Oesterreich (als Vertreter des ehemals deutsch-österreichischen Gebietes und Rumänien (als z. B. für uns wichtigstes Balkanland).

In der folgenden ersten Tabelle ist nun errechnet, wie die Mark im Verhältnis zu der Friedensparität in jenen Ländern jeweils am 1. eines jeden Monats in Prozent stand. Durch Aufaddieren erhalten wir dann eine Art Valutainder für Deutschland.

1920/21	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Belgien	584	832	901	626	457	377	406	429	454	531	638	550	561	580	577	563	674
Frankreich ..	565	840	868	600	426	367	386	397	427	507	602	522	533	554	551	541	680
Italien	457	683	665	410	315	284	281	280	287	325	358	318	311	296	281	316	416
Schweiz	1099	1922	1994	1558	1257	859	849	888	1007	1216	1498	1352	1389	1299	1275	1340	1454
Spanien	1160	1931	2128	1537	1204	790	778	797	910	1099	1333	1128	1216	1133	1055	1086	1138
Rumänien ..	150	158	152	121	120	99	112	132	141	141	152	115	115	104	106	105	136
Holland	1111	1985	2090	1570	1232	836	797	860	939	1139	1392	1259	1367	1314	1260	1280	1384
London	924	1525	1669	1370	1082	744	740	771	865	1042	1303	1190	1270	1224	1191	1201	1284
New-York ..	1169	2124	2387	1700	1361	919	909	1017	1188	1465	1850	1694	1775	1602	1485	1489	1574
Dänemark ..	856	1221	1335	1088	866	568	551	593	638	768	927	840	1012	1137	942	1013	1075
Norwegen ..	927	1388	1518	1078	977	607	557	596	636	777	924	836	1022	1080	942	904	911
Schweden ...	948	1502	1665	1362	1088	729	751	780	886	1084	1320	1200	1317	1298	1226	1306	1373
Oesterreich ..	31,6	32,7	44,2	39	33	32	31	28	27	30	28	25	20	19,7	15,5	19	19,6
Ungarn	39	36	42	—	29	26	29	28	25	24	18	19	14,8	13	16	23	38,5
Prag	97	98	118	—	104	100	103	99	97	95	103	99	95	94	91	97	107
Helsingfors .	184	530	531	500	364	271	210	185	220	225	216	179	277	268	204	195	180

Deutschland zahlt im Durchschnitt gegenüber dem Friedensstand

1920/21	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
	744	1229	1324	990	780	547	549	579	647	780	952	850	900	857	820	840	922

Deutschland ist im Durchschnitt im Ausland bewertet mit

13,4	8,2	7,6	10,1	7,3	18,3	18,2	17,2	15,5	13,1	10,5	11,7	11,1	11,6	12,2	11,9	10,8
------	-----	-----	------	-----	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

Eine zweite Tabelle versucht nun ähnlich, wie das in der ersten Tabelle für Deutschland geschehen ist, einen Valutainder für die elf andern Länder zu errechnen.

Der Valuta-Index einiger Länder von Anfang 1920 bis 1. Mai 1921.

	1. Jan. 1920	1. Febr.	1. März	1. April	1. Mai	1. Juni	1. Juli	1. Aug.	1. Sept.	1. Okt.	1. Nov.	1. Dez.	1. Jan. 1921	1. Febr.	1. März	1. April	1. Mai
Belgien	83,3	72	73	67	62	71	79	79	74,5	74,5	70,5	68,5	66	72,5	76	71	77,4
Frankreich ..	81	73	71	64	56,6	73	75	73	70	70,5	67	65	62,7	68,5	71,5	68	78
Italien	57,5	58,5	51,5	43	42	54	53	50	46	44,5	39	38,5	35,8	35,5	35	39	46,5
Schweiz	169	182	175	183	188,5	183	180	178,5	181	182	183	186	185	175	181	183	177
Spanien	182	183	181	181	180,5	166,6	164,7	157	161	165	154	154	162	150,5	145,7	146	137
Rumänien ..	20,3	12,9	11,5	15,2	15,5	18,2	20,4	20,6	22	18,2	16,1	13,5	12,8	12	13	12	14,7
Oesterreich ..	3,9	3,4	3,4	3,5	4,3	5,5	5,3	4,6	4	3,8	2,9	3	2,1	2,2	1,9	2,2	2,1
Deutschland .	13,4	8,15	7,6	10,1	13	18,3	18,2	17,2	15,5	13,1	10,5	11,7	11,1	11,6	12,2	11,9	10,8
New-York ..	182	196	242	230	207	200	195	211	217	233	243	227	240	226	216	211	200
Holland	172	190	183	185	185	177	168,5	169	168,5	172	169	172,4	176	178	168	176	172
London	139	138	143	159	156,5	154	153	153	151	152,5	157	160	162	164	167	164	157
Schweden ...	143	139	141	158,7	158,7	151	154	154	154	163,5	158,5	161	169	175	173	180	171

Revue der Presse.

Die Preise der frei und börsenmäßig gehandelten Waren haben sich im April ganz uneinheitlich entwickelt, während die der bewirtschafteten ungefähr dieselben wie im März dieses Jahres geblieben sind. Trotzdem ist aus den

Großhandelsindexziffern

der Frankfurter Zeitung (8. Mai) ersichtlich, daß der Gesamtindex auf dem seit Januar 1920 niedrigsten Stande vom 2. April stehen geblieben ist. Von den einzelnen Gruppen, in die die Indexwaren eingegliedert wurden, zeigt die Gruppe Textilien und Leder in ihrem Endergebnis keine Veränderung gegen den Vormonat. Lebensmittel-, Genußmittel- und Materialienpreise sind um wenige Punkte zurückgegangen, während in der Gruppe Verschiedenes durch die Herauffekung der Kalipreise sich eine Erhöhung bemerkbar machte. Es sanken in der Zeit vom 2. April bis 7. Mai die Preise folgender Artikel: (Verminderung um Punkte) Tabak 57, Petroleum 40, Maschinöl 33, Stabeisen 31, Maschinenpreßholz 30, Mais 26, Schrott 23, vorgealzte Blöcke 17, Bindfaden 15, Steintohlen- teeröl 13, Margarine 13, Rohspat 12, Brennholz 11, Wein 11, usw. Dagegen stiegen u. a.: (um Punkte) Stickstoff 122, Kalidüngesalz, Kainit 55, Stroh 47, Gold 25, Lederfarbstoff 17, Papier 15, Silber 12, Backsteine, Häute 11, Zinn 9, Kartoffeln, u. s. w. Vergleicht man den Großhandelsindex für usw. Bohnen, Erbsen, Reis, Schmalz, Kondensmilch, Kaffee, Eier, Kartoffeln und Zucker mit dem Kleinhandelsindex für diese Artikel, so ergibt sich, daß für diese Waren der Großhandelsindex dem des Vormonats gleichgeblieben ist, während der Kleinhandelsindex sich ermäßigte. — Die Anstrengungen, die die französischen Industriellen machen, um Europa unter ihre Botmäßigkeit zu bringen, zeigt zusammenfassend Erwin Sieper in seinem Artikel:

Frankreich als industrielle Vormacht auf dem Kontinent

im Berliner Tageblatt (17. Mai). Der Expansionswille der französischen Großindustrie verdankt sein Entstehen zweifellos den Kriegsjahren, in denen es möglich war, bei dem riesigen Bedarf an Kriegsmaterial große Gewinne zu erzielen, und selbst nicht sehr geschickt organisierte Neuanlagen rasch zu amortisieren. Die Erfolge jener Zeit werden in Frankreich auf das Konto der eigenen Tüchtigkeit gebucht, und von dieser Tüchtigkeit her leitet man die Fähigkeiten ab, die Führung der europäischen Industrie zu übernehmen, nachdem man in der Vorkriegszeit arg ins Hintertreffen geraten war. Der Friedensvertrag bietet das beste Sprungbrett für industrielle Expansionsgelüste und die Franzosen machen von den, ihnen erschlossenen Möglichkeiten

ausgiebigst Gebrauch. In Elsaß Lothringen ist mit Hilfe der Sequestur das deutsche Kapital vollständig verdrängt worden, und jetzt beginnt man mit der „friedlichen Durchdringung“ des Saargebietes unter Ausnutzung der durch den Friedensvertrag erhaltenen Machtmittel. Die französische Verwaltung verfügt im Saargebiet über die Kohle und hat sich ihrer als Druckmittel der Industrie gegenüber zu bedienen gewußt. An den wichtigsten Hüttenbetrieben ist französisches Kapital mit 60 % beteiligt und diese Werke haben sich bereits einem französischen Verkaufskontor angeschlossen. Die Franko-Saarländische Handelskammer bemüht sich, Elsaßlothringische und Saarländische Handelsbeziehungen fester zu verketten und die Einführung der Frankwährung zur Zahlung der Löhne und Gehälter läßt ebenfalls den ihr zugrunde liegenden Zweck erkennen. Die großen Produktionsgebiete von Belgien und Luxemburg stehen bereits in politischer Abhängigkeit von ihren französischen Freunden. Das nächste Ziel der industriellen Expansion ist das Ruhrgebiet, das durch die letzten Vorgänge allerdings einem Eindringen der Franzosen entzogen ist. Im Osten wird bereits die polnische Erzeugung von Kriegsmaterial und die Erdölgewinnung durch Frankreich kontrolliert. Die von Frankreich in Oberschlesien vertretene Politik, hat aber zur Genüge klargelegt, daß der Besitz Oberschlesiens einen wichtigen Berührungspunkt der französisch-polnischen Freundschaft darstellt. Auch in Oberschlesien könnte Frankreich-Polen die Früchte jahrzehntelanger mühevoller Arbeit, die andere geleistet haben, ernten, und da seit einigen Monaten die tschechoslowakischen Skodawerke von Frankreich kontrolliert werden, würde ein polnisches Oberschlesien die Beherrschung der osteuropäischen Industrie durch Frankreich abrunden. — Dem Hamburger Fremdenblatt (17. Mai) wird über

die Börsenlage in Wien und Budapest

aus Wien geschrieben, daß mit der Besserung der ungarischen Valuta, die sich der Finanzminister Dr. Hegedüs zur Aufgabe gemacht hat, der große Kurssturz in Budapest einsehen mußte. Die rapide Aufwärtsbewegung der ungarischen Krone brachte den sofortigen Preissturz der industriellen und landwirtschaftlichen Artikel. Ungarn war nicht mehr exportfähig, Fabriken mußten sperren oder Feierschichten einlegen, einzelne Papiere fielen an der Börse um viele Hunderte und Tausende von Kronen und die schwachen Elemente des Marktes konnten diesem Kursniederbruch nicht standhalten. Insolvenzen, erzwungene Stundungen und Arrangements waren die Folge. Der ungarische Finanzminister sah sich selbst genötigt, zuzugeben, daß die Aufwärtsbewegung der Valuta viel zu rasch ein-

geseht habe und versicherte, daß die Regierung eine Kursstützungsaktion einleiten müßte. Die nieder-
gleitende Bewegung hat auch nach Wien überge-
griffen, obzwar die österreichische Krone keine so
radikale Besserung wie die ungarische zu verzeichnen
hat. Der Rückschlag hat sich hier in einem Rückgang
der übermäßig hohen Kurse der Valuten bemerkbar
gemacht. Während die Optimisten geneigt sind, die
Vorkommnisse der letzten Zeit als Zeichen der blei-
benden Besserung anzusehen, wendet der kühle Be-
obachter ein, daß die Voraussetzungen für eine aus-
giebige Besserung fehlen — nachdem das Finanz-
programm leere Versprechungen enthält, und der
auswärtige Kredit wieder in einige Ferne gerückt
ist. Die Wiener Börse zeigt durchaus nicht eine
Deroute, wie sie in Budapest vorgekommen ist, aber
doch einen recht empfindlichen Rückschlag. Die
Selbstsorge taucht auch in Wien auf, und der Börse
werden von allen Seiten die Mittel entzogen,
dennoch überwiegt die Anschauung, daß der Tief-
stand alsbald erreicht sein müsse. — Im Vorwärts
(18. Mai) weist Kurt Heinrich, Berlin

neue Steuerwege

durch Vorschläge, die die Vorwärtsredaktion zur
Diskussion stellt. Seiner Meinung nach müßte die
Körperschaftsteuer zu einer Wiedergutmachungs-
steuer ausgebaut werden, da die 10 prozentige
Körperschaftsteuer eine viel zu geringe sei. Er
weist hin auf die riesenhaften Abschreibungen und
Reservefonds, die Abnutzungs- und Entwertungs-
fonten, in denen ein großer Teil der Gewinne ver-
schwände und dem Steuererheber nicht mehr zu
Gesicht käme. Nachdem die Quelle der Verdienste
für die Kreise, die heute der so vorteilhaften Kör-
perschaftsteuer unterliegen, in ihren Lieferungen,
Käufen und Handel verborgen ist, soll bestimmt
werden: „daß alle Wiedergutmachungen, die auf
Grund des § 19 des Protokolls in Material abge-
golt werden müssen, als Zuschlag für Körpers-
chaftsteuern gelten. Die Industrien, die keine
Wiedergutmachungspflicht zu leisten haben, müssen
als Zuschlag für Körperschaftsteuer Material zum
inneren Wiederaufbau Deutschlands liefern. ... als
Grundlage nimmt man den Umsatz oder den Roh-
gewinn. ... der beste Aufpasser für die Steuer-
leistung des Arbeiters und des Angestellten ist heute
der Unternehmer. Er ist der freiwillige Steuer-
erheber des Reiches. Machen wir nun umgekehrt
die Betriebs- und Angestelltenräte zu den Steuer-
erhebern des Unternehmers. Sie haben sowieso
schon auf Grund des Betriebsrätegesetzes das Recht
der Bilanzsicht, der Betriebskontrolle. Laden wir
auf sie die Pflicht ab, dafür zu sorgen, daß ein be-
stimmter Prozentsatz der in ihrem Unternehmen
geleisteten Produkte oder Arbeit ungeschmälert dem

Staate zukommt.“ Dem Einwand gegenüber, daß
die Unternehmer die Körperschaftsteuer, die sie in
Waren leisten, in die Produkte einrechnen, die sie
verkaufen, kann dadurch begegnet werden, daß die
Leistungen an Körperschaftsteuer getrennt in Bar-
zahlungen und Warenlieferung in den Bilanzen
genauestens belegt erscheinen müssen. — Ueber

Rumäniens Wirtschaft und Finanzlage

berichtet René Fülöp-Miller nach einer
Unterredung, die er mit dem rumänischen Minister
General Valeanu gehabt hat, in der Wossischen
Zeitung (20. Mai). Die Hauptschwierigkeiten für
die Erreichung normaler innerer Verhältnisse lagen
in dem mangelhaften Verkehrswesen Rumäniens.
Nach dem Friedensschluß verfügte das Land im
ganzen nur über 500 betriebsfähige Lokomotiven,
während ein fast ausreichender Waggonpark zur
Verfügung stand. Heute hat Rumänien schon über
1200 Lokomotiven im Gebrauch und es hofft, daß
bis zum Ende des Jahres mindestens 1500 Ma-
schinen in Betrieb stehen werden. Allerdings eine
Anzahl, die für seinen Bedarf viel zu gering ist,
nachdem Großrumänien über 12 000 Kilometer Eisen-
bahnlinien staatlichen und 200 Millionen privaten
Besitzes verfügt. Das Eisenbahnreorganisationspro-
gramm sieht nicht nur eine Vergrößerung und Er-
gänzung des vorhandenen rollenden Materials vor,
sondern auch eine Vergrößerung und Ausgestaltung
der Reparaturwerkstätten im eigenen Lande. Der
Grundzug der rumänischen Finanzreformen ist die
Einführung einer progressiv aufgebauten Ein-
kommens- und Vermögenssteuer. Es ist ausgerechnet
worden, daß die Einführung der neuen Steuern
dem Staate jährlich 10 Milliarden Lei einbringen
wird, während die Ausgaben des diesjährigen
Budgets mit 6 Milliarden veranschlagt wurden.
Das Plus von 4 Milliarden soll als außerordent-
liche Zuwendung, Wiedergutmachungszwecken dienst-
bar gemacht werden, und zwar dem Aufbau des
Verkehrswesens, der Ausbezahlung der Kriegsbe-
schädigten und der Begleichung der in diesem Jahr
ablaufenden Schatzscheine. Durch die in Angriff ge-
nommene Agrarreform hofft die Regierung die
Bauern zufriedenzustellen, und das Versprechen der
früheren Regierung zu erfüllen, nachdem jeder
Bauer im Besitze des von ihm bearbeiteten Bodens
sein soll. Außerdem soll durch gesetzliche Maß-
nahmen die Erhaltung des Viehstandes gesichert
werden, derart, daß jede Gemeinde eine so große
Viehweide zugewiesen erhält, daß jedem Viehbe-
sitzer $\frac{1}{2}$ ha Weideland zur Verfügung steht. Der
Großgrundbesitz wird in dem Umfange erhalten
bleiben, wie es der Gesamtwirtschaft des Landes
nutzbringend ist. Verschwunden sind die Latifun-
dien, die der rumänischen Wirtschaft schädlich waren.

Umschau.

fn. Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht. Im August des vorigen Jahres hat der preussische Handelsminister in einem Erlass an die Handelskammern auf die Gefahr der ursprünglich zum Schutze gegen Ueberfremdung durch ausländisches Kapital eingeführten Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht hingewiesen und binnen zwei Monaten um Berichte ersucht, ob und in welchen Fällen ein Mißbrauch bei der Ausgabe von Vorzugsaktien beobachtet worden ist. Ueber die Antworten auf diese überaus schwere Frage (siehe „Plutus“ Jahrgang 1920 Seite 246) hat die Oeffentlichkeit bisher nichts erfahren. Als ein Zeichen, daß das preussische Handelsministerium das Problem aber weiter verfolgt, kann eine „Mitteilung des preussischen Pressedienstes“ betrachtet werden, in der es heisst, daß das Handelsministerium als Börsenaufsichtsbehörde aus Anlass eines Frankfurter Einzelfalles grundsätzlich zur Frage der Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht Stellung genommen habe. Das Handelsministerium gibt danach kund, dass die Ausgabe von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht nicht ohne weiteres zu einer zu beanstandenden Beschränkung der Rechte der Stammaktien zu führen braucht. Es weist auf die unter Umständen notwendige Abwehr des Auslandskapitals hin und betont die Schwierigkeit der Feststellung des Fehlens derartiger Voraussetzungen. Von den Zulassungsstellen wird deshalb im allgemeinen nur auf eine Klarstellung des Umfanges der den Vorzugsaktien zustehenden Rechte im Prospekt hingewirkt werden können. „Die Zurückhaltung, welche die Zulassungsstellen in zweifelhaften Fällen nach Lage der Verhältnisse zu üben gezwungen sind, darf aber nicht dazu führen, dass die Vorschriften (die eine Ablehnung der Zulassung begründen) in Fällen ausser Acht gelassen werden, in denen das Recht zur Ausgabe von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht offensichtlich lediglich missbraucht wird, um eine Minderheit der Aktionäre mit Hilfe von mehrstimmigen Vorzugsaktien, deren Stimmrecht häufig im umgekehrten Verhältnis zu der Höhe des durch sie repräsentierten Anteils am Gesamtkapital steht, ohne Rücksicht auf den Gegenstand der Beschlussfassung in die Lage zu versetzen, die übrigen Aktien zu überstimmen. Wenn den Stammaktien Vorzugsaktien solcher Art gegenüberstehen, so muss die Zulassung schon deshalb abgelehnt werden, weil eine erhebliche Benachteiligung der Erwerber der Stammaktien im Hinblick auf das Bestehen solcher Vorzugsaktien zu befürchten ist.“ — Die Fälle, in denen die Vorzugsaktien „offensichtlich lediglich“ missbraucht werden, werden auch von den Zulassungsstellen nicht gerade sehr leicht zu erfassen sein. Man wird deshalb in der Stellungnahme des preussischen Handelsministers keineswegs eine endgültige Lösung der, durch die neue Praxis im Aktienwesen aufgeworfenen, Probleme erblicken dürfen. Immerhin ist es erfreulich, dass der Handelsminister

das Gewissen der Zulassungsstellen durch seinen Erlass schärft, dass er sie gleichsam verpflichtet, wenigstens in jedem Falle in eine Prüfung der Frage des Missbrauchs der Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht einzutreten. Wenn die Zulassungsstellen dieser Pflicht gewissenhaft nachkommen, so werden sich immerhin Fälle ergeben, in denen sie den Missbrauch für erwiesen halten und die Börsenzulassung der Aktien deshalb ablehnen. Schon eine geringe Zahl von Entscheidungen der Zulassungsstellen in dieser Richtung könnte einen gewissen erzieherischen Einfluss auf die Praxis der Aktiengesellschaften ausüben, der jedenfalls in der Zeit, in der das Aktienrecht noch nicht modernisiert ist, von Nutzen sein kann. — Das Problem der Herrschaftssicherung durch mehrstimmige Vorzugsaktien, hat kürzlich im Verlaufe einer Anfechtungsklage gegen Beschlüsse der Generalversammlung der Maschinenbau A.-G. Balcke ein deutsches Gericht, das Landgericht Bochum beschäftigt. Das Urteil des Landgerichts Bochum hat der Anfechtung gegen die Beschlüsse zur Schaffung mehrstimmiger Vorzugsaktien stattgegeben, im wesentlichen mit der Begründung, dass es den Vorschriften des Aktienrechts widerspreche, wenn Aufsichtsrat und Vorstand durch den Bezug dieser, Herrschaft sichernden, Vorzugsaktien sich „organisiert“, eine Stellung über die Generalversammlung sichern, während die Generalversammlung über Aufsichtsrat und Vorstand stehen soll. Dass es mit dieser Generalversammlungssouveränität in der Praxis meist anders aussieht, als in der Theorie des Rechts, verkennt die Urteilsbegründung des Bochumer Landgerichts nicht. Sie legt aber den Nachdruck darauf, dass die Beherrschung der Generalversammlung durch Organe der Verwaltung nicht „organisiert“ in Erscheinung treten dürfe. Es bleibt abzuwarten, ob das Reichsgericht, das sich ja vermutlich mit diesem Fall zu beschäftigen haben wird, der Rechtsauffassung des Landgerichts Bochum beitreten wird. Aber wie dem auch sei, die Bemängelung, die dieses Urteil enthält, ist letzten Endes doch eine ziemlich formale und es ist ihr ausserordentlich leicht, in der Praxis auszuweichen. In allen Fällen, in denen die Begebung der Vorzugsaktien nicht an Vorstand oder Aufsichtsrat erfolgt, sondern an verwandte oder befreundete Gesellschaften, an Banken oder Treuhandinstitute wie es in der Praxis ganz üblich ist, wird der Richter von einer organisierten Herrschaftsanmassung des Aufsichtsrats oder Vorstandes gegenüber der Generalversammlung nicht sprechen, während in Wirklichkeit die Herrschaft bei dieser Form nicht minder, wohl aber geschickter gesichert ist. Dass die Gerichte zu einer generellen Rechtsungültigkeitserklärung der Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht auf Grund des bestehenden Rechts kommen können, erscheint mir ebenso ausgeschlossen, wie dem preussischen Handelsminister. Es liegt bei der ganzen Entwicklung dieser Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht doch eine innere Umbildung unseres Aktienwesens vor, der gegenüber das Recht nicht zur Verneinung kommen wird, sondern aus der das Recht eines Tages die Folgerung seiner eigenen Umbildung wird ziehen müssen.

Mietenzwang und Gewerberäume.

Herr Robert Adolph-Charlottenburg schreibt: „In der Fachpresse wird z. Zt. lebhaft für die Befreiung der Gewerberäume vom Mietenzwange von interessierter Seite agitiert. Besonderes Aufsehen erregten die Ausführungen des Vorsitzenden im Reichsverbande deutscher Geschäfts- und Industriehausbesitzer, die unlängst von der „Bauwelt“ veröffentlicht wurden. Hier wird festgestellt, daß die Mieten gewerblicher Räume weitaus zu billig seien und infolgedessen zum verschwenderischen Gebrauch dieser Räume geführt hätten. Beispiele wie jenes, das die „Vossische Zeitung“ schon im März d. Js. veröffentlichte, und das in einem konkreten Falle das Stapeln von Waren infolge der erforderlichen Arbeitslöhne um ein Vielfaches teurer erwies als ihre ungestapelte weitläufige Lagerung, werden heute als typisch bezeichnet und sollten ernsthaft zu denken geben. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß diese billigen Mieten nicht etwa einer Verbilligung der Produktion zugute kommen, sondern, soweit sie durch den eingerissenen unwirtschaftlichen Gebrauch der Räume nicht wettgemacht werden, sich in höheren Dividenden und Handelsgewinnen äußern. Wenn in dem erwähnten Aufsatz die Ueberzeugung geäußert wird, daß diese billigen Mieten gewerblicher Räume dazu führten, dass der unserer verminderten Produktion entsprechende Ueberschuss an Gewerberaum nicht in Erscheinung tritt und damit zahlreiche Wohnungen, die ihrer eigentlichen Zweckbestimmung zugeführt werden könnten, weiterhin von gewerblichen und Handelsunternehmungen besetzt bleiben, so verdient diese Feststellung von beachtlicher Seite volle Aufmerksamkeit. Im Interesse rationeller Wirtschaftsführung muss die Forderung höherer Mieten für gewerbliche Räume unterstützt werden. Im gleichen Interesse aber muss der ebenfalls dort gezogenen Folgerung, dass die Mieterhöhung dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen bleiben müsse, bei reiflicher Ueberlegung widersprochen werden. Die freie Mietengestaltung würde ein schnelles Anwachsen der Mieten bringen, das zwar zunächst den überschüssigen Gewerberaum dem Markte eröffnen und in diesem Angebot ein Regulativ für die Preisgestaltung schaffen würde, nichts aber könnte verhindern, daß im Laufe der weiteren kurzfristigen Entwicklung die Mieten weit über die vermutliche endgültige Geldwertbasis hinauswachsen, um dann in aller Zukunft dem Preisabbau hemmend entgegenzustehen und die Neuproduktion, wie auch den Hypothekemarkt dem Wohnungsbau noch mehr zu entfremden. Dazu würde das gesamte Mietenmehraufkommen nicht der Erstarkung der Produktionswirtschaft, sondern dem Vorteil einzelner zugute kommen. Die notwendige wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Zukunft sollte aber keinen Zweifel lassen, dass eine Trennung der Frage gewerblicher Räume von derjenigen des Wohnraumes nicht angängig ist, wie die Streiter für die freie Mietenwirtschaft des ersten sie beanspruchen. Die dringend notwendige Rationalisierung der Produk-

tionswirtschaft läßt den Zusammenhang beider klar erkennen. Dass die Städte in dem Ausmass, wie wir's heute beklagen, zu Konzentrationspunkten des Produktionsprozesses geworden sind, entspricht durchaus nicht den Grundsätzen rationeller Wirtschaftsführung. Ihre engere Angliederung an die Erzeugerstellen ihrer Rohstoffe ist sowohl ein Gebot der Betriebsökonomie als auch, in enger Verbindung mit dem Umsiedlungsproblem der großstädtischen Industriearbeiterschaft und ihrer Ansiedlung auf anbaufähigem Lande, eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit und ein Erfordernis der nationalen Wiedergesundung. Diese Dezentralisation der Produktionsbetriebe, eine Aufgabe, deren Bedeutung noch immer mangelndem Verständnis weiter und auch berufener Kreise begegnet, muss, gerade in den Jahren, die ihre konsequente Durchführung erfordern, scheitern an den gleichen Ursachen, denen der Wohnungsbau erliegt. Die Kapitalanlagen, die der Neuaufbau wichtiger Produktionsstätten an den Quellen ihrer Rohstoffe fordert, abgesehen von der mit ihnen verbundenen Herstellung der notwendigen Werkwohnungen, würden diese Neuanlagen gegenüber den bestehenden konkurrenzunfähig machen. Wenn auch die Vorzüge ihrer örtlichen Lage ihre Wirtschaftlichkeit erleichtern würden, so müsste dennoch eine unerträgliche Ueberkapitalisierung die Marktfähigkeit ihrer Produkte in Frage stellen. Die Umsiedlung der Produktionsstätten ist daher eine Aufgabe, die ohne einen wirtschaftlichen Ausgleich nicht durchzuführen ist. Und dieser Ausgleich ist nur in einem vernünftigen und von der Produktionswirtschaft selbst getragenen Beihilfeverfahren zugunsten der Neuaufbaubetriebe zu finden. Dazu aber ist es nötig, die von den Geschäftshausinhabern so lebhaft befürwortete Mieterhöhung dieser Aufgabe dienstbar zu machen. Vielleicht fühlt sich der Reichsverband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer selbst stark genug, die Funktionen dieses Ausgleichs zu übernehmen, indem er die ihm dann gewiss nicht mehr von der Regierung vorenthaltenen Mietaufschläge im Wege des Hypothekenkredits oder unter Inanspruchnahme des Anleihemarkts zu Beihilfen an die umsiedlungsbereiten Betriebe kapitalisiert? Dann wird er diese Mehrmieten produktiv gestalten, anstatt aus ihnen eine neue Rentnerschicht grosszuziehen oder sie der unproduktiven Spekulation zu opfern. Aber auch dieser Weg der Selbsthilfe setzt nicht den „freien Markt“ voraus, sondern eine Wirtschaft gern und im Gefühl eigener Verantwortung übernommener Bindungen. Gewiss ist die Mietenzwangswirtschaft kein Ideal gesunder Wirtschaftsentwicklung und in ihrer heutigen Form unmöglich und unerträglich, aber sie hat uns einen Wirtschaftszustand beschert, der unter den Tücken des Realkreditrechts vorsichtigsten und jedenfalls organischen Abbaus bedarf. Das sollten gerade die interessierten Vertreter des Gewerbehausbauwesens einsehen, wie auch nicht minder den bedeutungsvollen Zusammenhang der Gewerberaumfrage mit der grossen Gegenwartsaufgabe der Umsiedlung.“

Börse und Geldmarkt.

Das Unterschreiben des Reparationsultimatums durch die deutsche Regierung hat zunächst eine starke Aufwärtsbewegung der deutschen Mark an den internationalen Märkten und ein entsprechendes Sinken der Devisenkurse an den deutschen Börsen zur Folge gehabt. Wenn auch der sprunghaften Aufwärtsbewegung der Mark bald wieder eine gewisse Ernüchterung folgte, so blieb doch bis zum Ende der dritten Maiwoche der Stand der Mark mit 1,68 in New-York wesentlich über dem Niveau, das vor den kritischen Tagen der europäischen Politik erreicht war. Man wird in der Neigung der Auslandsspekulation, nach der Annahme des Ultimatums durch Deutschland, sich à la hausse in Mark zu engagieren, in gewisser Beziehung ein erfreuliches Zeichen des Vertrauens erblicken dürfen, dass mit der Annahme des Ultimatums die Wege zu friedlicher Gestaltung in Europa eröffnet sind. Allerdings darf man sich durch die Genugtuung über dieses Symptom den Blick nicht dafür trüben lassen, dass an sich auch diese neuesten heftigen Valutaschwankungen vor und nach dem Ultimatumstage für die deutsche produktive Wirtschaft schädlich waren und sind. Denn es ist ja immer weniger die absolute Höhe des Standes der Wechselkurse, auf die es ankommt, als vielmehr eine gewisse Stabilität, die das Wirtschaftsleben braucht, um von seiner spekulativen Durchseuchung befreit zu werden, um zu stabilen Produktionsverhältnissen zu kommen. Im Zusammenhang mit dem Problem der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen durch Deutschland wird deshalb das Ziel einer Stabilisierung der Valuta auf der Basis neuer Paritäten an Wichtigkeit nur noch gewinnen. Dabei darf keineswegs übersehen werden, dass in einer Periode, in der die Steigerung unserer Ausfuhr unbedingte Voraussetzung für unsere Leistungsfähigkeit ist, das Verhüten sprunghafter Steigerungen der deutschen Valuta nicht weniger wichtig ist, als das Verhüten eines neuen Zusammenbruchs der Markbewertung im Ausland. Wenn man allerdings an die starken inflatorischen Wirkungen denkt, welche die Reparationsleistungen notwendig zur Folge haben werden, so wird man vielleicht zu der Auffassung neigen müssen, dass auf die Dauer die Gefahr eines heftigen Rückganges der Markvaluta größer sein wird als die Gefahr sprunghafter Steigerung.

Diese Gesichtspunkte haben wohl auch die zur Beschaffung der Devisen für das Reich berufenen Instanzen veranlasst, zunächst einmal die spekulative Aufwärtsbewegung der Mark im Auslande nach Kräften auszunutzen, um den Devisenbedarf des Reiches in möglichst hohem Umfange einzudecken. Der Erfolg war, daß bereits am 17. Mai der Reparationskommission die ersten 150 Millionen Goldmark in bar, und zwar fast ganz in ausländischen Devisen — nur mit etwa 10 Mill. Mark soll dabei auf den Goldbestand der Reichsbank zu-

rückgegriffen worden sein — zur Verfügung gestellt werden konnten. Eine besonders wertvolle Rückwirkung der Markhaussiege hat sich auf dem Markte der deutschen Reichsanleihen ergeben. Ausländisches Kapital, hauptsächlich aus England, Amerika und Holland, hat offenbar nach der Festsetzung der Reparationssumme den Augenblick für gegeben erachtet, grössere Summen in den mit fremder Valuta so billig zu kaufenden deutschen Reichsanleihen zu investieren. Diese rein vom Auslande ausgehende Bewegung am Markte der

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:¹⁾

<p>Sonnabend, 28. Mai</p>	<p>Bankausweis New York. — G.-V.: Bergmann-Elektrizitätswerke, Aktien-Maschinenfabrik Kyffhäuser Hütte, Hartmann & Braun, Mannheim-Bremer Petroleum-Ges., Thörls Oelfabriken, Ver. Deutsche Petroleumwerke, Mansfeldsche Kupferschieferbauende Gewerkschaft, Kollmar & Jourdan, Sprengstoff-Ges. Kosmos, Dynamit-A.-G. Nobel, Carbonit-A.-G. Hamburg, Ver. Eisenbahnbau- und Betriebs-Ges., National-Vers.-Ges. Stettin. — Schluss des Bezugsrechts Neue Dampfer-Co. Stettin, Bezugsrechts Reichelt Metallschrauben A.-G.</p>
<p>Montag, 30. Mai</p>	<p>G.-V.: Schlesische Ges. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, Berliner Terrain- u. Bau-Ges., Augsburgs Kammgarnspinnerei, Aachener und Münchener Feuervers.-Ges., Aachener Rückversich.-Ges., Eutin-Lübecker Eisenbahn, Kammerich-Werke, Berliner Kindl-Brauerei, Rheinisch-Westfäl. Sprengstoff-A.-G., Siegener Dynamitfabrik, Leipziger Gummiwaren Marx & Heine. — Schluss des Bezugsrechts Akt.-Ges. f. Bauausführungen Berlin.</p>
<p>Dienstag, 31. Mai</p>	<p>G.-V.: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Neue Boden-A.-G., Chemische Werke vorm. H. & E. Albert, Ferd. Rückforth Nachf. Stettin, Elektr. Strassenbahn Breslau, Stettiner Chamottefabrik Didier, Nienburger Eisengiesserei, Schiffswerft Henry Koch, Bing-Werke Nürnberg, Hamburg-Südamerikanische Dampfschiff-Ges., Norddeutsche Steingutfabrik Grohn, Deutsche Ton- und Steinzeugwerke, Amme, Giesecke & Konnegen, Gardinenfabrik Plauen. — Schluss der Einreichungsfrist Portland-Cementfabrik Germania, Bezugsrechts Ilse Bergbau-Ges., Bezugsrechts Bleistiftfabrik Faber, Bezugsrechts Ver. Pinselfabriken.</p>
<p>Mittwoch, 1. Juni</p>	<p>Reihsbankausweis. — G.-V.: Bank f. Brau-Industrie, Friedr. Wilh. Lebensvers.-Ges., Leipziger Bierbrauerei Riebeck, Vogt & Wolf.</p>

¹⁾ Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In Kursiv-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Donnerstag, 2. Juni	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: Preussisches Leihhaus, Osnabrücker Bank, Bazar A.-G., Saccharinfabrik Fahlberg-List, Magdeburger Feuerversicherungs-A.-G. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Poldihütte.
Freitag, 3. Juni	G. V.: Continental Linoleum Comp. Berlin, Berliner Spediteur-Verein, Metallwerke Baer & Stein, Hermann Löhnert. — Schluss des Bezugsrechts Ver Glanzstofffabriken, Aktien Chemische Fabriken vorm. Weiler ter Meer, Bezugsrechts Niederlausitzer Kohlenwerke.
Sonabend, 4. Juni	Bankausweis New York. — G.-V. Georgsmarien-Bergwerks- und Hüttenverein, Döring & Lehmann, Maschinenfabrik Badenia, Berliner Holz-Kontor, Berliner Speditions- und Lagerhaus (Bartz), R. Frister A.-G. — Schluss des Bezugsrechts Zuckerfabrik Offstein.
Montag, 6. Juni	G.-V.: Façonseisen-Walzwerk L. Mannstadt, Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie, August Loh Söhne, Mathildenhütte. — Schluss des Bezugsrechts Grohner Wandplattenfabrik, Bezugsrechts Deutsche Effekten- und Wechselbank.
Dienstag, 7. Juni	G. V.: Woermann-Linie, Eisenwerk Kraft, H. Schomburg Söhne, Kaliwerke Krügershall.
Mittwoch, 8. Juni	Reichsbankausweis. — G.-V. Deutsche Deutsche Niles-Werke, Ed. Lingel Schuhfabrik
Donnerstag, 9. Juni	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: Bank für Bergbau und Industrie, Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Adlerwerke vorm. Kleyer.
Freitag, 10. Juni	G.-V.: Daimler Motoren-Gesellschaft Basalt A.-G. Linz, Tüllfabrik Flöha, Gebr. Junghans Schramberg, Franz Seiffert & Co. A.-G., Bröthaler Eisenbahn, Ver. Schmirgel- und Maschinenfabriken. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Dürkoppwerke A.-G.

Verlosungen:
 1. Juni: 4% Badische 100 Tlr. (1867), 3 1/2% Gothaer Präm.-Pfundbr. (1871), 3 1/2% Köln-Mindener 100 Tlr. (1870), Türkische 400 Fr. (1870). 5. Juni: Credit foncier de France 2 3/5 und 3% Comm.-Obl von 1879, 1880, 1891, 1899, 3% Crédit Foncier de France Pfandbr. (1909), 2% Pariser 500 Fr. Lose (1898) desgl. 3% 300 Fr.-Lose (1912).

deutschen Anleihen hat zu ganz eigenartigen Kursgestaltungen geführt, von denen die folgende Tabelle eine Anschauung vermittelt.

	4. Januar	10. Mai	17. Mai	21. Mai
5% Kriegsanleihe	77 1/2	77 1/2	77 1/2	77 4/5
4% Reichsanleihe	64 3/4	68 3/4	72	80 1/2
3 1/2% Reichsanleihe	60	64	68	73
3% Reichsanleihe	65 3/4	71	81	76 3/4
4% preuss. Konsols	62 1/2	68 1/4	70	71
3% preuss. Konsols	51	54	60	57 9/10

Diese Tabelle zeigt mit großer Klarheit, dass die Bewegung ausgegangen ist von der 3%igen Reichsanleihe, die am 17. Mai nicht nur wie

bereits seit längerer Zeit den Kurs der 4%igen Reichsanleihe übertroffen hat, sondern auch den Kurs der 5%igen Reichsanleihe. Die Kurse vom 21. Mai zeigen, dass in den folgenden Tagen ein gewisser Ausgleich in der Richtung stattgefunden hat, dass die 4%ige Reichsanleihe stärker gestiegen, die 3%ige etwas gesunken und auch die 5%ige Kriegsanleihe wenigstens in ganz bescheidenem Umfange an der Aufwärtsbewegung teilnehmen konnte. Betrachtet man, abgesehen von den Widersprüchen, die zwischen Verzinsung und Kurs bei den Reichsanleihen bestehen, ferner die abnorm hohen Differenzen zwischen der Bewertung der preussischen Konsols und der mit gleicher Verzinsung ausgestatteten Reichsanleihen, für die ein Grund in der Verschiedenheit der Sicherheit sicherlich nicht besteht, so findet man in dieser Kursgestaltung am Rentenmarkt geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie sehr Kurse unabhängig von der Rentabilitätsberechnung gleichsam irrational in ihrer Gestaltung beeinflusst werden können. Die 3%ige Reichsanleihe ist dasjenige Reichspapier, an das das Ausland bereits seit der Vorkriegszeit durch offizielle Notierungen an fremden Börsen — besonders London — gewöhnt ist und dem sich deshalb das Interesse der ausländischen Käufer in so hervorragendem Masse zugewendet hat. Erst allmählich konnte die 3 1/2%ige und die 4%ige Reichsanleihe zum Teil durch Umtauschoperationen sich etwas der Kursbewegung der 3%igen Reichsanleihe anpassen. Die preussischen Papiere erfreuen sich außerhalb der Reichsgrenzen keiner Popularität, und die 5%ige Reichsanleihe, die mit dem Stigma der Kriegsanleihe belastet ist, übt wenigstens vorläufig auf ausländische Käufer nur einen sehr geringen Reiz aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Kriegsanleihekurs durch die Kriegsanleihe-A.-G. nahezu stabilisiert worden ist und dass dieses Aufnahmekonsortium sicherlich die Belegung am Rentenmarkt benutzt hat, um seine alten Bestände zu entlasten. Das stets bereite grosse Verkaufsmaterial an Kriegsanleihe kann deshalb Aufwärtsbewegungen des Kurses nur ganz allmählich in Erscheinung treten lassen. Man darf aber vielleicht erwarten, dass sich in der nächsten Zeit die Verwalter deutscher Vermögen, in denen alte Reichsanleihen stecken, vielfach entschlossen werden, diese Bestände zu ihren jetzt hohen Kursen den ausländischen Käufern zur Verfügung zu stellen und dafür besser rentierende 5%ige Kriegsanleihe zu erwerben. Die Form des Einströmens ausländischen Kapitals durch den Erwerb deutscher Staatsanleihen ist auf jeden Fall für die deutsche Wirtschaft sehr erwünscht. Da es sich bei dem Kauf von Anleihen meistens um eine langfristige Valutaspekulation handelt als bei dem unmittelbaren Ankauf von Markbeträgen, ist auch die Gefahr heftiger Rückschläge am Anleihemarkt wahrscheinlich geringer zu veranschlagen, als es bei spekulativen Aufwärtsbewegungen am Valutemarkt der Fall zu sein pflegt.

Gegenüber der lebhaften Gestaltung des Geschäfts am Rentenmarkt zeigte der Aktienmarkt in der Berichtsperiode eine verhältnissmäßig stille Haltung, von der nur einige Spezialwerte, bei denen Anregungen durch Kapitalerhöhungsgerüchte, wie z. B. beim Phönix, gegeben waren, eine Ausnahme bildeten.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Staat und Marxismus. Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre. Von Friedrich Lenz. Stuttgart und Berlin 1921. J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. Preis geheftet *M* 16.—, in Halbleinenband *M* 26.—.

Die bürgerliche Gesellschaft und das Staatensystem. — Die bürgerliche Gesellschaft unter der Konstellation von 1918. — Die marxistische Bewegung unter der Konstellation von 1918. — Der Marxismus und der Staatsgedanke. — Die marxistische Gesellschaftslehre. — Der Ursprung des Marxismus. — Der Marxismus in Rußland. — Der Marxismus in Deutschland. — Der Ausgang des Marxismus.

Technik und Wirtschaft. Monatsschrift des Vereines deutscher Ingenieure. Schriftleiter: D. Meyer und W. Speiser. 14. Jahrgang. 3. Heft März 1921. Der Jahresbezugspreis beträgt vom 1. Januar 1921 an *M* 36.—, für Mitglieder des Vereines deutscher Ingenieure *M* 12.—. Einzelhefte *M* 3,50 (für Mitglieder *M* 1,20). Alle anderen Bezieher erhalten die Zeitschrift grundsätzlich nur für den Jahrespreis von *M* 36.—. Zu diesem Preise kann die Zeitschrift bei dem Verlag und bei jeder Postanstalt bestellt werden. Verlag des Vereines deutscher Ingenieure, Berlin NW 7. Für den Buchhandel Julius Springer, Berlin W 9.

Aus dem Inhalt: Schulz-Mehrin: Formen des Zusammenschlusses von Unternehmungen.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Begründet von Julius Wolf. In Gemeinschaft mit Professor Dr. Andreas Voigt in Frankfurt a. M. Herausgegeben von Dr. Ludwig Pohle in Leipzig. März 1921. Neue Folge. XII. Jahrgang. Heft 1 und 2. Preis halbjährlich *M* 45.—; unter Streifband direkt vom Verlag *M* 46,20.

Aus dem Inhalt: Hoffmann, A. Der Gerechtigkeitsgedanke in der Reichseinkommensteuer. — Voigt, Andreas. Die Ökonomik des Geldverkehrs I. — Bräuer, K. Die Finanzlage des Deutschen Reiches und die deutsche Geldverfassung. — Die gemeinnützige Bautätigkeit in Frankfurt am Main. (Dr. Ehrler). — Die Indigoproduktion British-Indiens. (Ernst Schultze). — Lohn und Preis in Deutschland und auf dem Weltmarkt. (G. Buetz). — Valuta und Finanznot in Deutschland. (Karl Bräuer).

Deutschland und Ost-Europa von Dr. Walter Lessing. Vortrag gehalten auf dem Ligakursus am 13. Januar 1921. Preis *M* 2.—. Verlag der Kulturliga G. m. b. H., Berlin W 35.

Georgien. Eine sozialdemokratische Bauernrepublik. Eindrücke u. Beobachtungen von Karl Kautsky. Wien 1921. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. Wien 6. Bezirk. Preis *M* 6.—.

Die Natur. — Die Geschichte. — Die Landwirtschaft. — Die Industrie. — Die Klassen. — Die soziale Revolution. — Die Verlegenheiten des Staatswesens. — Kapitalismus und Sozialismus. — Die Festigkeit des sozialdemokratischen Regimes. — Die auswärtige Politik der Republik. — Die Wehrmacht Georgiens. — Der bolschewikische Ueberfall. — Der Moskauer Bonapartismus.

Der Weg zur „Nährpflicht“. Von Ingenieur Paul Frei. Die Verwirklichung der Reformvorschläge des Sozialethikers. Josef Popper-Lynkeus. Heft Nr. 16. „Der Aufstieg“. Neue Zeit- und Streitschriften. Anzengruber-Verlag Leipzig — Brüder Suschitzky. — Wien. 31. März 1920. Preis *M* 1,50.

Dto. Heft Nr. 17/18. Der Neue Mensch. Die Ziele der „Clarté“ von Rudolf Jeremias Kreuz. Zwei Vorträge gehalten in der österreichischen Friedensgesellschaft. Preis *M* 1,50.

Die Währungsgesetzgebung der Sukzessionsstaaten Österreich-Ungarns. Eine Sammlung einschlägiger Gesetze, Verordnungen und behördlicher Verfügungen von 1892 bis 1920. Bearbeitet und eingeleitet von Dr. jur. Friedrich Steiner, Prokurist der Wiener Kommerz-Bank, Band I. Verband österreichischer Banken und Bankiers, Wien 1921. Preis *M* 39.—.

Die Berufseignung des Damenfriseurs Methoden und Ergebnisse eines psychotechnischen Prüfsystems auf der Grundlage einer Funktionsanalyse. Von Dr. Rob. Werner Schulte, Charlottenburg, mit 37 Abbildungen. Heft 17, Schriften zur Psychologie der Berufseignung und des Wirtschaftslebens. Herausgegeben unter Mitwirkung von M. Brahn, Berlin, G. Deuchler, Tübingen, J. Dück, Insbruck, H. Herckner, Berlin, A. Wallichs, Aachen, F. Weigl, München, von Otto Lipmann und William Stern. Verlag von Johann Ambrosius Barth in Leipzig 1921. Preis *M* 12.—.

Zur Problemstellung der psychologischen Berufsberatung. — Die Berufsanalyse des Damenfrisierens. — Schilderung der Versuchsverfahren und der Ausführung der Versuche. — Die Ergebnisse.

Untersuchungen über die Fehlleistungen beim Maschinenschreiben. Von Wilh. Heinitz. Preis *M* 2.—. Do. Heft 16.

Wirtschaft und Statistik. Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt. Verlag Reimar Hobbing, Berlin. Januar 1921. Jahrg. 1, Nr. 1. Bezugspreis in Deutschland für das Vierteljahr (3 Hefte) 9 *M*., Einzelheft 3 *M*.

Oberschlesien als wirtschaftliches Produktionszentrum. — Die deutsche See- und Bodenseefischerei. — Ertrag der Bergwerke Englands. — Deutschlands Ein- und Ausfuhr im 1. Halbjahr 1920. — Entwicklung des internationalen Handels 1920. — Die Welthandelsflotte vor und nach dem Kriege. — Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in Deutschland. — Die Teuerung im Dezember 1920. — Internationale Preisbewegung 1913—1920. — Ergebnisse der amtlichen Lohnerhebung. — Der Finanzbedarf des Reichs für 1920. — Die Verschuldung der wichtigsten Staaten der Erde. — Die Bewegung der Bevölkerung im Deutschen Reich. — Die berufliche Gliederung der Bevölkerung des neuen Deutschland. — Der Wiederaufbau der Industrie in Nordfrankreich. — Die Reichstagswahlen seit 1871. — Deutsche Wirtschaftskurven.

Wirtschaft und Statistik. Heft 2. Preis *M* 3.—. Deutschlands Kohlenversorgung. — Zuckererzeugung und -verkehr im Deutschen Reich. — Der Auftragsbestand der amerikanischen Stahltrusts. —

Deutschlands Ein- und Ausfuhr Januar—August 1920. — Deutschlands Absatzmärkte. — Der niederländische Aussenhandel. — Die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen. — Teuerungsgebiete in Deutschland. — Die Lebenshaltungskosten im Ausland. — Der internationale Preissturz. — Lohnsteigerung 1913—1920. — Der Finanzbedarf des Reiches. II. Teil. — Die Entwicklung der europäischen Wechselkurse im Jahre 1920. — Die Verkleinerung des Deutschen Reiches. — Die Säuglingssterblichkeit während der Jahre 1913—1918. — Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte 1919. — Ergebnisse der Preußischen Landtagswahlen am 20. Februar 1921. — Deutsche Wirtschaftskurven.

Schloss Vogelöd. Die Geschichte eines Geheimnisses. Von Rudolph Stratz. Preis M. 4,80. Ullsteinbuch. Verlag Ullstein & Co., Berlin.

Einführung in die angewandte Seelenkunde. Von Dr. Karl Haase, Studiendirektor in Erfurt. Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha 1921. Preis M. 5.—.

Bedeutung der angewandten Seelenkunde in der Volkshochschularbeit. — Deutsche Bezeichnung der seelenkundlichen Begriffe. — Kritik der seelenkundlichen Forschungsweisen. — Uebersicht über die seelenkundlichen Arbeitsgebiete. — Klärung der Grundbegriffe als Voraussetzung praktischer Arbeit. — Kritik der verschiedenen Intelligenzbegriffe. — Wesen und Stufen der Begabung überhaupt. — Gedächtnis und Intelligenz. — Prüfung der Begriffs-, Kombinations-, Urteilsfähigkeit. — Stichprobentafel der geistigen Befähigung vom 3. bis 18. Lebensjahr nebst Versuchsanleitung. — Praktische Intelligenz und wirtschaftliche Eignungsprüfung. — Grenzen der angewandten Seelenkunde.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Joseph Bloch. 27. Jahrgang, 56. Band, Heft 5 u. 6, 1921. Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H., Berlin W 35. Preis M. 4.—.

Ludwig Quessel: Wiederaufbau und Kontinentalwirtschaft — Martin Mächler: Wie ist das Siedlungsproblem zu lösen? — Max Schippel: Die Krisis der gemeindlichen Gasversorgung. — Hans Müller: Gedanken zur Neugestaltung des Genossenschaftsrechts. — Albin Michel: Der drohende Rückgang der deutschen Qualitätsarbeit.

Dto. 7. Heft 1921. Preis M. 3.—.

Max Cohen: Die Lage nach der Londoner Konferenz. — Herman Kranold: Oberschlesien, ein europäisches Problem. — Max Schippel: Soziale Wirkungen des Valutaelends. — Adolf Behne: Deutschland und die europäische Kunstbewegung. — Alfred Brust: Legende vom ertrinkenden Heiland.

Der Arbeitsfriede durch Arbeiterkapitalisten.

Eine kritische Untersuchung der nach dem November 1918 gemachten Vorschläge und Versuche zur Beteiligung der Arbeitnehmer durch reale und fiktive Einlagen am Ertrage von Kapitalgesellschaften. Von Dr. Fritz Krasper. Otto Elsner Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin 1921. Preis M. 7,50.

Die Arten der Beteiligungssysteme. — Die kapital- oder geschäftsmässige Beteiligung der Arbeitnehmer durch die Kleinaktie. — Individuelle Gewinnbeteiligung verbunden mit kollektiver Kapitalbeteiligung. — Beteiligung der Arbeitnehmer durch fiktive Einlagen. — Die aktienmässige Beteiligung der Arbeitnehmer in der Praxis unter der Herrschaft des heutigen Aktienrechtes. — In welcher Richtung geht der Weg zum Arbeitsfrieden?

Die Kontrolle in gewerblichen Unternehmungen. Grundzüge der Kontrolltechnik von Dr. Ing. Werner Grull. Beratender Ingenieur für geschäftliche Organisation technisch-wirtschaftliche und technisch-rechtliche Fragen, Beedidger und öffentlich angestellter Bücherrevisor, München. Mit 89 Textfiguren. Verlag von Julius Springer, Berlin 1921. Preis M. 64.—.

Gewerbliche Arbeit und Kontrolltechnik. — Der Aufbau der Kontrollarbeiten. — Kontrollmittel. — Die Organisation der Kontrollarbeit. — Die Sicherung der Kontrollarbeiten.

Die Berechnung der Geschichte und Deutschlands Zukunft. Von Dr. Max Kemmerich-München. (Erweiterter Sonderdruck aus dem „Sammler“ der „München-Augsburger Abendzeitung“ vom 21. Dezember 1920.) Verlag Jos. C. Huber, Diessen vor München 1921. Preis M. 3,50.

Deutsche Geschichte unter Kaiser Wilhelm II. Von Conrad Bornhak, Leipzig-Erlangen 1921. A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Dr. Werner Scholl. Preis M. 27,—, eleg. geb. M. 35,—.

Leitfaden für den Unterricht in der Handelswissenschaft mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Gesetzgebung von Professor Dr. A. Adler, Studiendirektor der Handelshochschule zu Leipzig. Achte verbesserte Auflage. J. M. Gebhards Verlag Leipzig 1921. Preis M. 12,— brosch., M. 16,— geb.

Grundbegriffe der Handelswissenschaft. — Von dem Handel im allgemeinen. — Von dem Handelsstande. — Von den wichtigsten Handelseinrichtungen.

Einmonatiger Geschäftsgang einer offenen Handelsgesellschaft, hauptsächlich entnommen aus dem Geschäftskreise einer Kolonialwaren-Grosshandlung. Zusammengestellt von Prof. Dr. A. Adler, Studiendirektor der Handelshochschule zu Leipzig Vierte Auflage. Leipzig 1921. J. M. Gebhards Verlag Preis M. 3,60.

Der Konsument im Räteystem. Die Interessenvertretung der Verbraucher und ihre Einführung in die organisatorische Wirtschaft. Von Robert Schloesser, Berlin-Fichtenau 1920, Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Preis M. 10,50.

Das Wesen der Verbraucherinteressen. — Die Vertretung der Verbraucherinteressen. — Die Verbraucherbewegung in der sozialisierten Volkswirtschaft. — Die Selbstverwaltung der Wirtschaft. — Der Staat „stirbt“ ab. — Das Mitbestimmungsrecht der Verbraucher und Reichsverfassung. — Die Organisation der Wirtschaftsräte und der Industrieräte. — Der Irrtum in der Paritätsfrage. — Das Volksparlament eine Verbrauchervertretung? — Die Verbrauchererkammern. — Konsum- und Baugenossenschaften. — Die Hausfrauenvereine. — Die Arbeitsgemeinschaften. — Der Reichswirtschaftsrat. — Die Aussenhandelsstellen. — Die Machtmittel der Verbraucher.

Geldwertänderung und Bilanz. Leichtfassliche Anleitung zur Berücksichtigung der Geldentwertung in der Bilanz von Helmut Heberle. Stuttgart 1921. Muthsche Verlagsbuchhandlung. Preis M. 7,20.

Geschichte des Bankhauses J. A. Krebs in Freiburg im Breisgau 1721—1921. Aus Anlass des 200jährigen Bestehens des Hauses Krebs herausgegeben von Engelbert Krebs und Goetz Briefs, Professoren der Universität Freiburg. Freiburg i. Breisgau 1921. Herder & Co., G. m. b. H., Verlagsbuchhandlung. Preis M. 10.—.

Quellen und Literatur. — Familiengeschichte bis 1721. — Die Firma J. Krebs.

**Die Philosophischen Grundlagen der National-
Ökonomie** Von Dr. Erich Eppich. Philo-
sophische Reihe. Herausgegeben von Dr. Alfred
Werner. 11. Band. München 1921. Rösl & Cie.
Preis M. 10.—.

Erkenntnis- und Methodenlehre. — Der Mensch
und die Gesellschaft. — Die ethischen Bedingungen
der Volkswirtschaft.

Geld. Eine sozialpsychologische Studie. Von Dr.
Erich Eppich. Philosophische Reihe. Heraus-
gegeben von Dr. Alfred Werner. 14. Band.
München 1921. Rösl & Cie. Preis M. 8.—.

Aus dem Inhalt: Einleitende Geschichtsüber-
sicht. — Theorie der Massensuggestion des Geldes.
— Theorie der Geldfunktionen. — Die sozialen und
psychischen Wirkungen des Geldes.

Die Anfänge der Naturbeherrschung. 1. Früh-
formen der Mechanik. Von Dr. Carl Weule,
Direktor des Museums für Völkerkunde und Pro-
fessor an der Universität zu Leipzig. Mit zahl-
reichen Abbildungen nach Originalzeichnungen von
Max Wilhelm. Vierte Auflage Stuttgart 1921.
Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde. Geschäfts-
stelle: Frankhsche Verlagshandlung. Preis M. 7.80.

Kosmos. Handweiser für Naturfreunde, herausgeb.
und verlegt vom Kosmos, Gesellschaft der Natur-
freunde Stuttgart 1921. Frankhsche Verlags-
handlung, Heft 1. Preis pro Heft M. 2.—.

An unsere Mitglieder. — Dr. Krahn: Helio-
tropismus. — Dr. Thomalla: Die Verwertung der
Hochfrequenzkinematographie, illust. — Dr. Popp:
Zeitliche Jagd. — Prof. Dr. Lindner: Die Vor-
bedingungen für die günstige Wirkung des Alkohols
bei der Tuberkuloseheilung. — Langbein: Planeten-
lauf 1921. — Welten: Kulturen und Unkulturen. —
Vermischtes.

Die große Lösung. Von William A. Gatzen.
Währung, Wirtschaft, nämlich Konsumkrafthebung
u. Staatsfinanzsanierung. — Wiedergutmachung.
Zwölftes Heft wirtschaftsphilosophischer Schriften.
München 1921. Ante-Portas-Verlag München-
Grünwald, Preis M. 3.—.

**Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarver-
fassung.** Von Universitätsprofessor Dr. M. Sering,
Geh. Reg.-Rat. Schriften zur Förderung der inneren
Kolonisation, Heft 34. Berlin 1921. Deutsche
Landbuchhandlung G. m. m. H., Berlin SW 11.
Preis M. 3.—.

Strassers Taschenbuch der Wiener Börse 1921.
Herausgegeben von Strasser & Co., Wien I,
Graben Nr. 17. Preis Kr. 40.—.

Anleihen. — Pfandbriefe. — Prioritäten. — Lose. —
Aktien. — Wiener Devisen- und Valutenpreise. —
Kurse der Berliner Börse. — Krieganleihen. — Kurse
exotischer Wertpapiere. — Prager Kurse. — Triester
Kurse. — Kurse der Budapester Börse.

Bilanzkunde. Von Richard Fuchs, Dipl. Handels-
lehrer, Dozent an der Humboldt-Hochschule, Berlin,
Methode Rustin. Selbstunterrichtsbriefe in Ver-
bindung mit eingehendem Fernunterricht. Heraus-
gegeben vom Rustinschen Lehrinstitut. Redigiert
von Professor C. Ilzig. Lieferung Nr. 6 und 7.
Preis je M. 3.60. Potsdam und Leipzig 1921.
Verlag von Bonness & Hachfeld.

Im **Anzengruber-Verlag, Wien XI, Leipzig**, sind
wieder einige Neuheiten erschienen, über die der
Verlag den Lesern unseres Blattes auf Verlangen
kostenlos einen Prospekt zusendet.

**Organisierung der Abschreibungen oder Bilanz-
Kritik in der Notzeit.** Neue Wege zur Aus-
gestaltung der Bilanz als brauchbare Steuergrund-

lage zwecks Sicherung des Vermögens und der
künftigen Ertragsfähigkeit, mit zahlreichen Bei-
spielen aus der Wirklichkeit an Hand der Gesetze
und Steuer-Rechtsprechung erläutert von Fritz
Grossmann. Hannover 1920. Verlagsgesellschaft
mit beschränkter Haftung. Preis: Geheftet M. 15.—,
gebunden M. 18.— zuzüglich ortsübl. Buchhandels-
aufschlag. (Ausland besonderer Tarif.)

**Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissen-
schaft.** Herausgegeben vom Deutschen Verein
für Versicherungswissenschaft. Schriftleitung: Pro-
fessor Dr. phil. jur. Alfred Manes. 21. Band, 2. Heft.
Berlin 1921. E. S. Mittler & Sohn, Kochstr. 68—71.
Preis M. 80.—.

Dorn, Dr. öc. publ., Professor (München):
Die Krisis in der Versicherungswissenschaft.
— Rohrbeck, Dr. jur. et phil. (Berlin): Die
neuen Wege der Sozialpolitik zum wirtschaftlichen
Wiederaufbau im Versicherungswesen. — Mitter-
müller, Dr. phil., Direktor (Gotha): Lebensver-
sicherung und Geldentwertung. — Stier-Somlo,
Dr. jur., Professor (Cöln): Die Reichsteuergesetze
und das Versicherungswesen II, Reicheinkommen-,
Körperschafts-, Kapitalertrags-, Erbschafts-, Umsatz-
steuer- und Kapitalfluchtgesetz. — Müller, Dr. phil.
(Leipzig): Versicherungen - mathematische Begriffs-
leitung auf Grund von Realdeckungskapitalien. —
Foertsch, Abteilungsvorsteher (Breslau): Die
wirtschaftliche Beurteilung der Wasserleitungsschaden-
versicherung und ihre rechtliche Folge. — Popoff,
Dr. phil., Professor (Sofia): Ueber den Einfluss der
Konstanten der Sterbeformel auf den Wert einer
Leibrente. — Kersting, Dr. jur., Direktor (Gotha):
Vorschriften über die Auszahlung von Summen auf
Lebensversicherungsverträge. Nachtrag. — Sprech-
saal: Beume, Dr. jur. (Berlin): Betriebsrätegesetz
und Versicherungsgewerbe. — Boywidt, Dr. jur.,
Syndikus (Berlin): Die Gemeinschaftsarbeit bei den
Reichsversicherungsträgern. — Mühsam, Dr. jur.,
Justizrat (Berlin): Die Wirksamkeit einer Rücktritts-
erklärung ohne Angabe der richtigen Gründe.

Erdbüchlein. Kleines Jahrbuch der Erdkunde. 1921.
Herausgegeben unter Mitarbeit von J. Eltz, Major
Franz Carl Endres, Lothar Heberer,
Prof. Dr. H. Hertzberg, T. Kellen, J. Lützel-
burger, Abgeordn. Hermann Wendel,
Dr. E. Wunderlich. Mit 28 Abbildungen und
Kärtchen. Stuttgart 1921. Frankhsche Verlags-
handlung. Preis M. 5.20.

Die Länder der Welt. — Europa. — Asien. —
Afrika. — Amerika. — Australien. — Ober-
schlesien. — Das ethnographische Polen. — Süd-
slawien, Jugoslawien. — Die Aufteilung der Türkei.
— Die deutsche Auswanderung nach Südamerika. —
Das Welteisenbahnnetz von heute. — Die Polar-
forschung.

Berichte aus den neuen Staaten. Nr. 31 bis 33,
4. Jahrgang. Wien, 26. März 1921. Preis M. 60.—
vierteljährlich. Geschäftsstelle des Verbandes
österreich. Banken und Bankiers, Wien I, Rockh-
gasse 4.

Die Regelung der Uebernahme der Kriegs-
anleiheobligationen der ehemaligen österreichisch-
ungarischen Monarchie in den Nationalstaaten.
Von Dr. Richard Kerschagl (Wien)
Oesterreich: Novellierung des Vermögensabgabe-
gesetzes. — Die Liquidation der Oesterreich-ungari-
schen Bank. — Tschecho-Slowakischer Staat. —
Die Exportgewinnsteuer Polens. — Gesetz betreffend
die Organisation der Börsen in Polen. — Ungarn:
Verordnung betreffend Einschränkung des Bargeld-
verkehrs im Postwesen. — Verordnung betreffend
Uebernahme des Versicherungsbestandes der aus-
ländischen Lebensversicherungsgesellschaften.

Bilanz der Mitteldeutschen Creditbank

per 31. Dezember 1920.

Aktiva.		M	ℳ	Passiva.		M	ℳ
Nicht eingezahltes Aktienkapital		—	—	Aktienkapital		90 000 000	
Kasse, fremde Geldsorten, Kupons und Guthaben bei Noten- u. Abrechnungs- (Clearing-) Banken		167 396 706	05	Reserven		13 750 000	
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisung. Nostro Guthaben bei Banken und Bankfirmen Reports und Lombards gegen börsengäng. Wertpapiere		846 109 741	34	Kreditoren		1 515 493 322	23
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		179 769 956	54	Akzente und Schecks		37 313 858	94
Eigene Wertpapiere		20 515 712	77	ausserdem Aval- u. Bürgschaftsverpflichtung. M. 133 773 661.97			
Konsortialbeteiligungen		533 774	55	Uebergangsposten unserer Niederlassungen untereinander		1 787 418	54
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen		14 330 452	99	Unerhobene Dividenden		173 748	—
Debittoren in laufender Rechnung		18 215 599	47	Reingewinn d. Jahres 1920 M. 16 535 178.32			
a) gedeckte M. 270 236 608 15				Vortrag aus d. Jahre 1919 „ 148 281.93		16 683 460	25
davon durch börseng. Wertpapiere gedeckt M. 198 016 965.71							
b) ungedeckte 144 402 935 83		414 639 543	98				
ausserdem Aval- und Bürgschafts Debitoren M 133 773 661.97							
Bankgebäude M. 10 812 929.55							
abzüglich Hypotheken „ 462 929 55		10 530 000	—				
Sonstige Immobilien M. 1 668 434.56							
abzüglich Hypotheken 255 000 —		1 413 434	56				
Mobiliar			1				
		1 675 201 807	96			1 675 201 807	96

Gewinn- u. Verlust-Rechnung per 31. Dezbr. 1920.

	M	ℳ		M	ℳ
Unkosten			Gewinn-Vortrag aus 1919		148 281 93
a) Gehälter, Teuerungszulagen, Gratifikationen, Tantiemen und sonstige Geschäftsunkosten		49 894 749	96	Gewinn aus Zinsen sowie aus deutschen und fremden Wechseln	47 387 119
b) Steuern		6 460 927	66	Gewinn aus Provisionen	20 191 436
Beiträge zum Beamten-Versicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes und zur Pensionskasse der Bank		418 115	32	Gewinn aus dauernden Beteiligungen bei Banken und Bankfirmen	840 041
Abschreibungen auf Bankgebäude		143 585	64	Verschiedene Gewinne und Mieteinnahmen	5 033 959
Reingewinn					
Verteilung:					
10 % Dividende auf M. 90 000 000.—		9 000 000	—		
Ueberweisung an die ausserordentliche Reserve		4 000 000	—		
Ueberweisung an die Konto-Korrent-Reserve		2 250 000	—		
Ueberweisung an die Wohlfahrtskasse		500 000	—		
Tantieme des Aufsichtsrats		729 729	72		
Vortrag auf neue Rechnung		203 730	53		
		73 600 838	83		73 600 838